

## Angesichts der Inflation sorgen sich Viele um ihre Finanzen, zählen aber auf die Unterstützung der Regierung

Die länderübergreifende OECD-Umfrage „Risks that Matter“ (RTM) untersucht, wie Menschen soziale und wirtschaftliche Risiken wahrnehmen und wie sie die Arbeit der Regierung einschätzen. Für die Umfrage wurde eine repräsentative Stichprobe von 27.000 18- bis 64-Jährigen in 27 OECD-Ländern befragt, um besser zu verstehen, was die Bürger:Innen von der Sozialpolitik erwarten und brauchen. Fast 80 % der Befragten in Deutschland machen sich Sorgen um die Finanzen und das allgemeine Wohlergehen ihres Haushalts in den nächsten zwei Jahren (Abb. 1), verglichen mit weniger als 60 % im Jahr 2020 – einer der stärksten Anstiege unter RTM-Ländern. Dementsprechend sind Inflation und Lebenshaltungskosten die am häufigsten genannten Sorgen in Deutschland (Abb. 2).

Auch Sorgen um die nationale Sicherheit sind weit verbreitet, vermutlich aufgrund des russischen Angriffskrieges in der Ukraine. Mehr als 80 % Deutschen gaben an, dass sie diesbezüglich besorgt sind (Abb. 2).

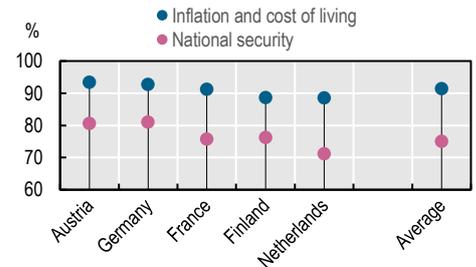
Rückblickend sind die Deutschen

nur mäßig zufrieden mit der Reaktion der Regierung auf die Covid-19-Pandemie. 38 % der Befragten denken, dass die Regierung genug getan hat, im Vergleich zu 45% in den übrigen Ländern.

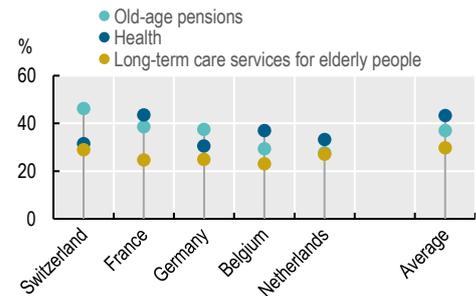
Bei finanziellen Schwierigkeiten glauben 40 % dass die staatliche Unterstützung ausreichen würde – verglichen mit 33 % im internationalen Vergleich. 60 % geben an, dass sie auf die Hilfe von Freunden oder Familie zählen können.

Wie in früheren RTM-Umfragen, würden die Deutschen die Altersvorsorge priorisieren, wenn es darum geht, die öffentlichen Dienstleistungen durch höhere Steuern oder Sozialbeiträge zu verbessern (Abb. 3). Außerdem befürworten fast 70 % der Deutschen eine stärkere Umverteilung, bei der die Reichen mehr Steuern zahlen sollten, um die Armen zu unterstützen – verglichen mit 60 % in den übrigen Ländern. Bezüglich der Gewährleistung ihrer wirtschaftlichen Sicherheit, ist ein Viertel der Deutschen der Meinung, dass die Regierung so weitermachen sollte wie bisher, und 62 % wollen, dass die Regierung mehr tut (verglichen 74 % im internationalen Vergleich).

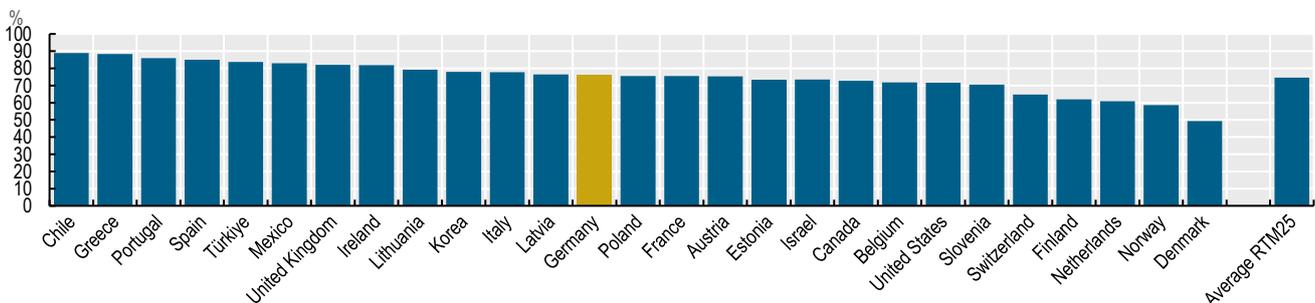
**Abb. 2. Anteil Befragter die angeben über „Inflation und Lebenshaltungskosten“ und „nationale Sicherheit“ besorgt zu sein, nach Land, 2022**



**Abb. 3. Anteil Befragter die bereit wären, zusätzliche 2 % an Steuern/Sozialbeiträgen für eine(n) bessere(n) Versorgung und Zugang zu zahlen, ausgewählte Bereiche nach Land, 2022**



**Abb. 1. Anteil Befragter die sich um die Finanzen ihres Haushalts und das allgemeine soziale und wirtschaftliche Wohlergehen sorgen, 2022**



Anmerkungen: Der Durchschnitt bezieht sich auf den ungewichteten Durchschnitt der 27 OECD-Länder, für die Daten verfügbar sind. Die Befragten wurden gefragt: „Wenn Sie an die nächsten ein oder zwei Jahre denken, wie besorgt sind Sie im Allgemeinen über die Finanzen Ihres Haushalts und das allgemeine soziale und wirtschaftliche Wohlergehen“. Sie konnten wählen zwischen: „Überhaupt nicht besorgt“; „Nicht so besorgt“; „Etwas besorgt“; „Sehr besorgt“; „Kann mich nicht entscheiden“. Die Daten geben den Anteil der Befragten an, die „etwas besorgt“ oder „sehr besorgt“ angaben. Vollständige Anmerkungen siehe Bericht.

Quelle: OECD Risks that Matter Survey 2022, <http://oe.cd/rtm>.

Die OECD-Umfrage „Risks That Matter“ ist eine länderübergreifende Umfrage über die sozialen und wirtschaftlichen Anliegen der Menschen, wie gut die Regierung ihrer Meinung nach auf ihre Bedürfnisse und Erwartungen eingeht und welche Politik sie sich für die Zukunft wünschen. Die Umfrage wurde 2018, zur Unterstützung der OECD-Ministerkonferenz zur Sozialpolitik, und 2020 durchgeführt. Die Befragungswelle 2022, die von Oktober bis Dezember 2022 durchgeführt wurde, stützt sich auf national repräsentative Stichproben in Belgien, Chile, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Israel, Italien, Kanada, Korea, Lettland, Litauen, Mexiko, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Slowenien, Spanien, der Schweiz, der Türkei, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten.